

Zweckverband Schienenpersonennahverkehr
Rheinland-Pfalz Süd
Bahnhofstraße 1
67655 Kaiserslautern

47. Verbandsversammlung am 28.03.2014 öffentliche Sitzung

TOP 5 Weitere Zukunft der Schienenstrecke Lampertsmühle- Otterbach-Weilerbach (sogenannte „Bachbahn“)

Der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd bestellt Zugleistungen auf der sogenannten Lautertalbahn von Kaiserslautern nach Lauterecken-Grumbach. Hiervon zweigte im Bahnhof Lampertsmühle-Otterbach eine Schienenstrecke über Weilerbach bis nach Reichenbach ab. Der reguläre Personenverkehr wurde 1972, der Güterverkehr 1996 eingestellt. Das Streckenstück Weilerbach - Reichenbach ist mittlerweile abgebaut und in einen Radweg umgewandelt.

Im Zuge der Analyse stillgelegter Bahnstrecken auf die Möglichkeit einer Reaktivierung des Personenverkehrs wurde auch die Bahnstrecke Lampertsmühle-Otterbach-Weilerbach untersucht. In der Verbandsversammlung am 29.11.1999 wurde daher beschlossen, die Voraussetzungen für die Wiederinbetriebnahme des Personenverkehrs der Eisenbahnstrecke Weilerbach – Otterbach zu schaffen. Vorausgegangen war eine positive Nutzen-Kosten-Untersuchung unter Beteiligung des Landes.

Die Reaktivierung sollte im Rahmen der damals bevorstehenden Ausschreibung der Betriebsleistungen für das „Westpfalz-Netz“ (Betriebsaufnahme war Dezember 2008) und im Zusammenhang mit der sogenannten „Citybahn“ für die Stadt Kaiserslautern erfolgen. Betrieblich war vorgesehen, von Weilerbach ab Kaiserslautern-West in die Innenstadt nach der Betriebsordnung Straßenbahn (BO Strab) zu fahren, die Züge der Lautertalbahn sollten dagegen wie heute zum Hauptbahnhof verkehren. In Kaiserslautern-West hätte dann eine Umsteigemöglichkeit von der Lautertalbahn in die Innenstadt bestanden. Vorbild eines solchen Modells ist z. B. die Stadt Zwickau, wo dieselbetriebene Eisenbahnfahrzeuge mit Zusatzausrüstung für den Straßenbahnbetrieb in die Fußgängerzone der sächsischen Stadt fahren.

Insbesondere aufgrund der fehlenden Finanzmittel gab es damals jedoch keine Perspektive für eine Reaktivierung dieser Strecke. Um die Option einer Wiederinbetriebnahme des Personenverkehrs zu einem späteren Zeitpunkt aufrecht zu erhalten, wurde die Bahnlinie in das Trassensicherungsprogramm des Landes aufgenommen. Danach zahlen Land und Gebietskörperschaften der DB Netz die Kosten, welche durch die weiterhin bestehende Verkehrsicherungspflicht entstehen. Im Gegenzug verzichtet die DB Netz AG bis heute auf die Entwidmung der Strecke (Freistellung vom Eisenbahnbetrieb gemäß § 23 AEG).

In den vergangenen Jahren haben sich jedoch die Rahmenbedingungen für die Realisierung einer City-/Regionalbahn von Kaiserslautern nach Weilerbach geändert. Die im Jahre 1999 vorgesehene Trassenführung bis in die Innenstadt steht im Bereich Stadt Kaiserslautern nicht mehr vollständig zur Verfügung. Zudem erscheint die Finanzierung der Investitionen für den Bau und Betrieb eines schienengebundenen Verkehrsweges in die Verbandsgemeinde Weilerbach hinein auch in den kommenden Jahren nicht möglich.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Entwicklung der Flächen neben der Bahn sowie die laufenden Kosten aus der Trassensicherungspflicht haben die Stadt Kaiserslautern sowie die Verbandsgemeinde Weilerbach beim Eisenbahn-Bundesamt die Entwidmung der Strecke beantragt. Zudem bitten die Stadt und der Landkreis Kaiserslautern um Aufhebung des ZSPNV-Beschlusses von 1999.

Dem stehen bislang der o. g. Beschluss des ZSPNV Süd sowie die Festlegungen des Regionalen Raumordnungsplanes für die Westpfalz entgegen.

Die Gebietskörperschaften streben jedoch an, die Trasse in ihrer Gesamtheit als Verkehrsweg zu erhalten und für einen Radweg zu nutzen. Hierzu ist vorab eine Entwidmung der Bahntrasse erforderlich. Ergänzend sollen entsprechende Vorkehrungen bei der notariellen Beurkundung des Erwerbs der ehemaligen Bahnstrecke von der DB Netz AG getroffen werden. Dabei soll auch festgeschrieben werden, dass, um das Unterbrechen der Trasse zu verhindern, keine Einzelgrundstücke verkauft werden können. Weil das Ursprungskonzept für die Bachbahn ohnehin eine Mischform von Straßen- und Eisenbahn vorsah, würde so die Option auf eine schienengebundene Verkehrsanbindung der Verbandsgemeinde Weilerbach auf Basis der BO Strab dauerhaft erhalten bleiben können. Ein entsprechendes Konzept haben die betroffenen Gebietskörperschaften gemeinsam mit der Geschäftsstelle des ZSPNV Süd und der Planungsgemeinschaft Westpfalz entwickelt und abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd stimmt dem Antrag der Stadt und dem Landkreis Kaiserslautern zu, die Eisenbahnstrecke Weilerbach – Otterbach von den Zwecken des Eisenbahnverkehrs freizustellen.

Gleichzeitig wird die Geschäftsstelle beauftragt, die Umsetzung der beschriebenen Lösung zum Trassenerhalt zu unterstützen und damit die bisherigen Regelungen des Trassensicherungsvertrages des Landes Rheinland-Pfalz zu ersetzen.